



Grünes Bündnis  
Postfach 6411  
Neubrückestrasse 17  
3001 Bern  
Tel. 031 301 82 09  
Fax 031 302 88 78  
info@gbbern.ch  
www.gbbern.ch  
PC 30-37923-6

# gb.links

- Auf dem Weg zur Slow City
- Referendum gegen neues AuG angekündigt
- gb.weihnachtsapéro am 14. Dezember



Vom Gründungsmitglied zur Präsidentin

## Grüne Politik hat Zukunft – grüne Politik ist Zukunft!

Franziska Teuscher begründet als Nationalrätin das Bundeshaus.

Das Grüne Bündnis wurde dieses Jahr volljährig. Ich gehörte vor 18 Jahren zu den Gründungsmitgliedern, und darauf bin ich stolz. Das Grüne Bündnis ist prächtig gewachsen und hat in dieser Zeit an Einfluss und an Mitgliedern zugenommen. Mittlerweile ist das Grüne Bündnis aus der Politiklandschaft des Kantons Bern nicht mehr wegzudenken. Das Grüne Bündnis ist zwar nicht die grösste politische Partei, aber eine sehr wirkungsvolle. Wir setzen Akzente in der Berner Politik, wir stossen Neues an, wir provozieren auch manchmal. Wir organisieren immer wieder Mehrheiten für eigene Projekte und Positionen. Das Grüne Bündnis ist erfolgreich! Drei Gründe waren für mich ausschlaggebend bei meiner Entscheidung, mich als Präsidentin des Grünen Bündnis zur Verfügung zu stellen:

- Die Grünen im Kanton Bern sind im Aufbruch. GFL und Grünes Bündnis haben

sich entschieden, auf eine Föderation hinzuwirken. Diesen Prozess will ich mitgestalten. Ich bin überzeugt, die Grünen werden im Kanton Bern gemeinsam mehr Einfluss gewinnen: Zusammen setzen wir mehr ökologische und soziale Projekte um. Auf nationaler Ebene haben Ruedi Baumann und ich diesen Prozess längst vorgespurt. Bei den Wahlen 1999 gab es erstmals eine gemeinsame Liste von GFL und Grünem Bündnis. Seit 1999 verstehe ich mich als Vertreterin der Grünen des Kantons Bern und fühle mich von allen Grünen mitgetragen.

- Grüne Politik hat Zukunft! Das haben alle kantonalen Wahlergebnisse seit den letzten nationalen Wahlen gezeigt. Und das ergab auch das Wahlbarometer im Oktober. Der Erfolgskurs der Grünen ist auf das klare Profil zurückzuführen, das sich die Grünen in den vergangenen zehn Jahren gegeben haben: «Ökologisch konsequent, sozial engagiert, global solidarisch» lautet die programmatische Ausrichtung der Grünen Schweiz. Immer mehr Leute stehen zu

grüner Politik: immer mehr Menschen wollen einen sorgsameren Umgang mit unserer Natur und unserer Landschaft, immer mehr Menschen wollen bessere Lebensqualität.

- Die rigorose Sparpolitik auf Bundesebene schlägt sich in den Kantonen nieder. Wenn der Bund seine Gelder zum Beispiel im Bereich des öffentlichen Verkehrs kürzt, stellt sich kaum jemand konkret vor, was das heisst. Wenn hingegen Postautolinien im Haslital oder im Gantrischgebiet gestrichen und Fahrpläne ausgedünnt werden, ist dieser Abbau für die Bevölkerung schmerzhaft wahrnehmbar. Wenn die Bundesräte Blocher und Merz Milliarden-einsparungen auf Bundesebene ankünden, ist es die Aufgabe der Grünen, in den Kantonen aufzuzeigen, was bürgerliche Abbaupolitik für die Menschen und die Umwelt konkret bedeutet und uns dagegen zu wehren.

**Ökologisch, sozial und gleichstellungspolitisch engagiert**  
Bei den kommenden Grossratswahlen

wollen GFL und Grünes Bündnis zusammen die grüne Sitzanzahl vergrössern, auch wenn weniger Plätze im Kantonsparlament zur Verfügung stehen. Bei den Regierungswahlen wollen wir eine optimale Ausgangslage für einen dritten rot-grünen Sitz schaffen. So wie sich die Lage abzeichnet, wird es sehr spannend: die SVP überlegt sich einen vierten Sitz anzustreben, die SP beansprucht für sich den Jurasitz. Aus grüner Sicht ist es unerlässlich, dass auch auf rot-grüner Seite Frauen für den Regierungsrat kandidieren. «Frauen zuerst» hat für viele Wählerinnen und Wähler eine grosse Bedeutung. Das haben auch die Reaktionen nach der Männerwahl im Bundesrat gezeigt. Wir werden die Frage der Frauenvertretung bei den Regierungswahlen mit unseren Bündnispartnern sicher noch einmal diskutieren.

Franziska Teuscher,  
Präsidentin GB Kanton Bern

**AZB 3000 Bern 1**  
Grünes Bündnis, PF 6411, 3001 Bern  
An Post: Bitte Adressänderung nicht melden.

### gb.links

- 11.–30.11., Bern. **Filmar en América Latina.** Org. Verein Lateinamerika Schweiz, weitere Infos [www.latinamerica-suiza.org](http://www.latinamerica-suiza.org)
- Sa, 3.12., 16 Uhr, Kornhausforum, Kornhausplatz 18, 2. Stock, Mediensaal, Bern. **Öffentliche Veranstaltung mit Illan**

- **Pappe zur Bedeutung der Flüchtlingsfrage im Israel-Palästina-Konflikt.** Org. Gesellschaft Schweiz Palästina.
- Sa, 10.12., 19.30 Uhr, ONO, Kramgasse 6, Bern. **Damenwahl.** Am zweiten Jahrestag der Damen-Abwahl im Bundeshaus ist die Bühne frei für sieben Frauen aus Kultur und Politik; u.a. mit **Regula Rytz.**

Abstimmungsparolen vom 27.11. 05	
<b>Stadt Bern</b>	
Initiative «Keine Sonderrechte für die Reitschule»	NEIN
Produktgruppen-Budget 2006 der Stadt Bern	JA
<b>Eidgenössische Vorlagen</b>	
Volksinitiative «Für Lebensmittel aus gentechnikfreier Landwirtschaft»	JA
Änderung des Arbeitsgesetzes (Sonntagsarbeit)	NEIN

### gb.tipps

**Führt die Berufswahl junge Frauen in die Sackgasse?**

Warum bleibt die Berufswahl so stereotyp? Gibt es auch für junge Migrantinnen genügend Ausbildungsangebote?

Öffentliche Podiumsdiskussion der GB-Arbeitsgruppe Frauen  
Dienstag, 22. November 2005, 19.30 Uhr, Kornhausforum Bern

Es diskutieren:  
**Eveline Ianelli**, Mitglied der Projektgruppe Avanti futur;  
**Rosa Lili Rocabado-Rüegger**, Projektleiterin Incluso (Mentoringprojekt für Migrantinnen); **Corinne Schärer**, Grossrätin GB, vpod-Sekretärin; **Theo Ninck**, Leiter Mittelschul- und Berufsbildungsamt; **Marianne Fässler**, Grossrätin FDP  
Moderation: **Nicole Jegerlehner**, Redaktorin «Der Bund»

## Waffenausfuhr in Krisengebiete – Ist die schweizerische Entwicklungs- und Menschenrechtspolitik am Ende?

Ist der Kurswechsel in der schweizerischen Kriegsmaterialausfuhrpolitik eine Folge der neuen, konservativen Zusammensetzung des Bundesrats? Passt sich die Schweiz mit der Neuausrichtung der globalen Entwicklung an, die durch die Marginalisierung der UNO und einer Neoliberalisierung des Menschenrechtsdiskurses geprägt ist? Steht die Lockerung der Waffenausfuhrpolitik im Zusammenhang mit der Neuausrichtung der schweizerischen Aussenpolitik auf die USA?

Diese und weitere Fragen werden im Rahmen der Veranstaltungsreihe des Grünen Bündnis «Globalisierung und Marktöffnung vor der eigenen Haustüre» unter der Leitung von **Annemarie Sancar**, GB; mit **Andreas Zumach**, UNO-Experte, Journalist, Genf; und **Josef Lang**, GSoA-Vorstand, Nationalrat Alternative Kanton Zug, diskutiert.

**Dienstag, 29. November 2005, 20 Uhr, Kornhausforum Bern, Vortragssaal**

**Talon**

Name: \_\_\_\_\_

Vorname: \_\_\_\_\_

Adresse: \_\_\_\_\_

PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

Telefon: \_\_\_\_\_

e-mail: \_\_\_\_\_

Ich melde \_\_\_\_\_ Personen für **Kippel 2006** an.

Ich möchte **Mitglied** werden beim **Grünen Bündnis**. Bitte schickt mir weitere Unterlagen.

Ich möchte **SympathisantIn** werden beim **Grünen Bündnis**. Bitte schickt mir Unterlagen.

Ich möchte mich **aktiv engagieren** beim **Grünen Bündnis**. Bitte nehmt mit mir Kontakt auf.

**Impressum**  
Redaktionsschluss gb.links 11/2005: 2. Dezember.  
Redaktion: Anne Wegmüller, Natalie Imboden.  
Satz und Druck: Genossenschaft Widerdruck, Bern. Lithos: Genossenschaft Graphix, Bern.

### gb.bewegt

- Frauenpolitik**  
Montag, 12. Dezember, 19 Uhr, GB-Sekretariat
- Ökologie**  
Dienstag, 13. Dezember, 19 Uhr, GB-Sekretariat
- Internationales und Migration**  
Kontakt: Stefanie Gass, internationales-migration@gbbern.ch
- Bildung**  
Montag, 5. Dezember, 19 Uhr, GB-Sekretariat
- Nationale Politik**  
Kontakt: Anne Wegmüller, Tel. 031 301 82 09
- Leitender Ausschuss**  
Mittwoch, 7. Dezember, 20 Uhr, GB-Sekretariat

# Bern auf dem Weg zur Slow City



«Nume nid gsprängt!» Für Fussgänger und Velofahrerinnen braucht es eine Entschleunigung des Verkehrs.

Die Voraussetzungen für eine grüne Verkehrspolitik in der Stadt Bern sind so günstig wie noch nie: Mit RGM verfügen wir über eine klare Mehrheit in Stadt- und Gemeinderat. Regula Rytz leitet die verkehrspolitische Schlüsseldirektion mit Verkehrsplanung und Tiefbau. Mit guten Projekten und aktiven Kampagnen lassen sich – auch gegen eine massive bürgerliche Propaganda – verkehrspolitische Abstimmungen wie jene zum Bahnhofplatz gewinnen. In den vergangenen Jahren und Monaten haben wir einiges zugunsten des umweltverträglichen und stadtgerechten Verkehrs erreicht: Die Stadt hat eine Fachstelle für Fuss- und Veloverkehr, eine neue Stelle für Mobilitätsberatung wird nächstens besetzt. Die Begegnungszone in der unteren Altstadt ist realisiert, in den Wohnquartieren gilt fast flächendeckend Tempo 30, erste Begegnungszonen mit Fussgängervortritt, aber auch viele Kleinmassnahmen für mehr Sicherheit für Velofahrende wurden umgesetzt.

## Wo stehen wir heute?

Ein Vergleich zwischen Agglomerationen in der Schweiz durch das Bundesamt für Raumentwicklung zeigt, dass Bern einen relativ tiefen Motorisierungsgrad (430 PW auf 1000 EinwohnerInnen) aufweist, vergleichsweise wenig Gratisparkplätze am Arbeitsort zur Verfügung stehen und – entgegen allen anders lautenden Behauptungen – kein ernsthaftes Stauproblem besteht! Steht ein PW im CH-Durchschnitt pro Jahr knapp 3 Std. im Stau, liegt dieser Wert in der Agglomeration Bern noch einmal um 50% tiefer. Hingegen zeigt dieser Benchmark für Bern eine relativ hohe Unfallrate sowie «mittlere» Luft- und Lärmbelastung durch den Verkehr. In Bern werden Ozon- und Feinstaubgrenzwerte x-mal pro Jahr überschritten und noch immer ziehen Familien mit Kindern aus der Stadt fort, unter anderem weil die Eltern das Wohnumfeld als zu wenig kinderfreundlich beurteilen. Und trotzdem fehlt ein Aktionsprogramm gegen die Gesundheitsrisiken der Luftverschmutzung. Dass der europäische Aktionstag «Car-Free-Day» am 22. September zu einem Bratwurst-Fest verkümmert, passt ebenfalls zu diesem Bild einer noch immer zu auto-lastigen Verkehrspolitik.

## Wohin wollen wir?

Es muss also noch einiges geschehen, bis Bern eine «Verkehrslandschaft» hat, wie ich sie mir wünsche!

- Grüne Verkehrspolitik muss sich noch intensiver für mehr Wohnqualität und Umweltschutz einsetzen.
- Priorität muss der stadtvträgliche Verkehr haben. FussgängerInnen, Velo und öV sowie deren optimale Verknüpfung gehören zuoberst auf die Prioritätenliste.

Meine Vision heisst «Slow City», «schnell im Kopf, aber langsam auf der Strasse» wie es Regula Rytz vor kurzem in einem Interview umschrieben hat. «**Slow City**» heisst **genussvolle Mobilität im menschengerechten Tempo**.

Um dieser Vision näher zu kommen, braucht es viel Engagement, sei es im Parlament, in Arbeitsgruppen des GB oder auch in den Umweltorganisationen.

Es stehen in den kommenden Jahren wichtige Entscheide bevor, welche sowohl die Mobilitätskultur in Bern, wie auch die Stadtfinanzen stark beeinflussen werden: Mit der neuen Vorlage für ein Tram in den Westen von Bern erreichen wir dort einen Attraktivitätssprung für den öV, wie dies mit der neuen S-Bahnhaltestelle im Wankdorf geschehen ist. Hier im Norden der Stadt ist aber auch ein 100 Mio. teurer Ausbau der Wankdorfkreuzung geplant. Das Projekt beinhaltet wohl eine Tramverbindung zwischen Guisan-Platz und S-Bahnhaltestelle Wankdorf, aber vor allem eine massive Kapazitätserhöhung für den motorisierten Verkehr! Eine solche PW-Förderung bringt der Stadt nur Kosten, den BewohnerInnen aber weder eine Aufwertung des Wohnumfeldes noch sichere Schulwege. Darum erarbeitet das GB zusammen mit Umweltverbänden und den RGM-Partnern einen Vorschlag für eine günstigere und stadtvträgliche Lösung. Auch wenn wir schon einiges erreicht haben, das «Verwalten» der heutigen Situation kann nicht das Ziel grüner Verkehrspolitik sein! Notwendig sind erkennbare und spürbare Schritte auf dem Weg zu einer neuen Mobilitätskultur. Hannes Meuli, AG Ökologie, Co-Präsident VCS Regionalgruppe Bern



## Mutigere Kulturförderung – oder Hirschhorn lässt grüssen

Ende Oktober lief die Vernehmlassungsfrist zum Bundesgesetz zur Kulturförderung und zur Revision des Bundesgesetzes über die Stiftung Pro Helvetia ab. Dabei geht es um Zukunft und Stellenwert von Kunst und KünstlerInnen. Das schweizerische Kunstschaffen lebt vom dichten Nebeneinander etablierter und alternativer Kunst. Der vorgelegte Gesetzesentwurf verharrt leider allzu stark im Status quo, statt eine kultur- und kunstpolitische Auslegeordnung vorzunehmen. Was in Zukunft gefördert werden soll, bleibt entweder unklar oder in «Kann-Formulierungen» stecken. Im Hinblick auf die Förderkonzepte müsste im Gesetz sichtbar werden, in welche Richtung diese neuen Instrumente zielen. Aussagen zur sozialen Sicherheit der Kunst- und Kulturschaffenden fehlen. Dafür sollen alle wichtigen konzeptuellen Entscheide bei der Verwaltung liegen, und zwar ohne frühzeitige Mitwirkung der Betroffenen. Das Pro Helvetia Gesetz erscheint als klarer Rückschritt. Kunstfreiheit und der dringend nötige Diskurs werden bürokratischen Erwägungen geopfert – die Pariser Hirschhorn-Ausstellung lässt grüssen! Effizienz wird ins Zentrum gerückt. Die Autonomie der Stiftung wird gekappt. Pro Helvetia soll zum verlängerten Arm der Bundesverwaltung werden. Dies widerspricht dem Verfassungsauftrag von Artikel 21 BV zur Gewährleistung der Unabhängigkeit der Kunst. Im Entwurf wird der Geist einer eigentlichen Staatskultur spürbar. Die Grünen treten in ihrer Vernehmlassungsantwort klar für die volle Unabhängigkeit der Stiftung Pro Helvetia ein. Therese Frösch

## gb.stadt-budget

### Budget 2006 ist im Lot

Der Voranschlag der Stadt Bern ist – wie bereits seit mehreren Jahren – auch für 2006 ausgeglichen budgetiert, dies bei Aufwand und Ertrag von 938 Mio. Franken. Gleichzeitig trägt die Stadt weitere 18,9 Mio. von ihrem alten Schuldenberg ab und ist im Vorsprung auf den Abzahlungs-Fahrplan. Das städtische Finanzschiff ist auf Kurs. Dies trotz finanz- und wirtschaftspolitisch rauhem Klima, wo Bund und Kanton immer mehr Aufgaben auf die Stadt überwälzen. So zieht zum Beispiel der Kanton bei der Mitfinanzierung der familienergänzenden Kinderbetreuung die Bremse an. Höhere Ausgaben hat die Stadt vor allem im sozialen Bereich, wo sie gezielt in die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit (+ 2,3 Mio.) und in neue Lehrstellen investiert. Dies dank rot-grünem Druck. Ausgebaut wird auch weiterhin das Angebot familienergänzender Kinderbetreuung (+ 1,2 Mio.). Dank einem Antrag des Grünen Bündnis wird mit dem Ausbau der Energiefachstelle eine nachhaltige Energiepolitik gestärkt.

## gb.weihnachtsapéro

Wir laden herzlich ein zum **gb.weihnachtapéro am Mittwoch, 14. Dezember** um 18.30 Uhr im gb.sekretariat an der Neubrücke-strasse 17. Mit dem Apéro lassen wir das Jahr ausklingen und möchten uns bei all jenen bedanken, welche in diesem Jahr das Grüne Bündnis in irgend einer Form unterstützt haben. Wer kommen möchte, meldet sich kurz per Mail an: info@gbbern.ch. Aber auch spontane BesucherInnen sind herzlich willkommen.

## gb.kippel

**14./15. Januar 2006, GB-Retraite in Kippel, Lötschental** Im Januar ist es wieder soweit: Das GB zieht wie jedes Jahr nach Kippel, um die politischen Weichen für das Jahr zu stellen. Dazwischen wird die Natur genossen, Ski gefahren oder ein Gläschen Wein getrunken. Wer sich jetzt schon anmelden möchte, kann dies gerne tun, siehe Talon. Anmeldeschluss ist der 20. Dezember.

## Das neue Ausländergesetz

# Abgesang auf eine offene und solidarische Schweiz

**Das Bundesgesetz über Ausländerinnen und Ausländer (AuG) soll das bestehende Gesetz über den Aufenthalt und die Niederlassung der Ausländer (ANAG) ersetzen. Das neue Gesetz betrifft Personen aus nicht EU-Staaten. Für AusländerInnen aus den EU- und EFTA-Staaten kommen die bilateralen Abkommen über die Personenfreizügigkeit zur Anwendung.**

Im September fand die Differenzbereinigung zwischen National- und Ständerat statt, nun steht noch die Schlussabstimmung an. Das Referendum gegen das AuG wurde von Hilfswerken und andern NGOs bereits angekündigt. Das sind die Gründe:

- **Kein Sans-Papier-Artikel:** Papierlose sollen auch nach vierjährigem illegalem Aufenthalt in der Schweiz und auch in Härtefällen kein Recht auf eine vertiefte Prüfung ihrer Bewilligungsgesuche erhalten. Damit bleibt auch in Zukunft für 90 000 Papierlose in der Schweiz die tägliche Angst, entdeckt, bestraft und ausgeschafft zu werden. Die Arbeitgeber werden weiterhin aus dieser Angst Profit schlagen und Sans Papiers unter z.T. äusserst prekären Arbeitsbedingungen schuften lassen.
- **Kein Rechtsanspruch auf eine Niederlassungsbewilligung:** Wer zehn Jahre in der Schweiz gelebt und gearbeitet hat, hat dennoch keinen Rechtsanspruch auf Erteilung einer Niederlassungsbewilligung. Die Behörden können frei entscheiden, wem sie einen C-Ausweis geben wollen

und wem nicht. Damit ist der behördlichen Willkür Tür und Tor geöffnet.

- **Beschränkter Familiennachzug:** Es können generell nur Ehegatten und Kinder unter 18 Jahren nachziehen, wobei Kinder nur bis zu ihrem 12. Altersjahr einen Rechtsanspruch auf ein unbefristetes Bleiberecht haben. Kindern zwischen 12 und 18 Jahren kann der Familiennachzug verwehrt werden. Die Grossmutter bleibt ohnehin im Herkunftsland. Ob diese Bestimmungen vor dem Recht auf Familie Bestand haben werden, wird der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Strassburg zu beurteilen haben. Zudem ist fraglich, ob die Bestimmungen mit der Kinderrechtskonvention, welche die Schweiz ratifiziert hat, in Einklang gebracht werden können.
- **Binationale Paare müssen zusammen wohnen:** AusländerInnen müssen mit ihrem Schweizer Ehegatten zusammen wohnen. Auch geschlagene Frauen werden verpflichtet, bei ihrem Peiniger zu bleiben, wenn sie nicht in ihr Herkunftsland zurückgeschickt werden wollen. Damit werden binationale Paare gegenüber Eheleuten mit einem Schweizer oder EU-Pass, welche nicht zusammenwohnen müssen, benachteiligt.
- **Keine Einreise für «ErntearbeiterInnen»:** Beruflich schlecht qualifizierten Personen wird die Einreise in die Schweiz verwehrt. Der Bund will nur Eliteleute aus Drittstaaten und den USA einreisen lassen. Damit wird dem Braindrain aus den



Für Banker und SpezialistInnen anderer Kontinente öffnet die Schweiz ihre Grenzen, für weniger Qualifizierte bleiben sie verschlossen.

Ländern des Südens Vorschub geleistet. Die offizielle Schweiz kompensiert dies dann mit einem Tröpfchen so genannter Entwicklungshilfe.

Sollte das Gesetz von den Eidg. Räten in der nun vorliegenden Form verabschiedet werden, wird damit auch die so hoch gehaltene humanitäre Tradition der Schweiz definitiv zu Grabe getragen. Die Schweiz wird zum ausländerfeindlichen und allein auf das eigene Wohl bedachten Staat. Ob wir dem etwas entgegenhalten können und wollen, wird sich in der Entscheidung über das Referendum gegen das AuG herausstellen.

Franziska Schnyder, Stadträtin GB



Grüne Biel  
Les Verts Bienne  
PF/cp 665  
2500 Biel/Bienne  
www.gb-aves.ch  
PC/ccp 25-7401-7

# gb.links

→ le forum

→ vert ♀ social

→ Grüne Biel Les Verts Bienne



Franziska Teuscher  
begründet als Nationalrätin  
das Bundeshaus.

Das Grüne Bündnis wurde dieses Jahr volljährig. Ich gehörte vor 18 Jahren zu den Gründungsmitgliedern, und darauf bin ich stolz. Das Grüne Bündnis ist prächtig gewachsen und hat in dieser Zeit an Einfluss und an Mitgliedern zugenommen. Mittlerweile ist das Grüne Bündnis aus der Politiklandschaft des Kantons Bern nicht mehr wegzudenken. Das Grüne Bündnis ist zwar nicht die grösste politische Partei, aber eine sehr wirkungsvolle. Wir setzen Akzente in der Berner Politik, wir stossen Neues an, wir provozieren auch manchmal. Wir organisieren immer wieder Mehrheiten für eigene Projekte und Positionen. Das Grüne Bündnis ist erfolgreich! Drei Gründe waren für mich ausschlaggebend bei meiner Entscheidung, mich als Präsidentin des Grünen Bündnis zur Verfügung zu stellen:

- Die Grünen im Kanton Bern sind im Aufbruch. GFL und Grünes Bündnis haben

Vom Gründungsmitglied zur Präsidentin

## Grüne Politik hat Zukunft – grüne Politik ist Zukunft!

sich entschieden, auf eine Föderation hinzuarbeiten. Diesen Prozess will ich mitgestalten. Ich bin überzeugt, die Grünen werden im Kanton Bern gemeinsam mehr Einfluss gewinnen: Zusammen setzen wir mehr ökologische und soziale Projekte um. Auf nationaler Ebene haben Ruedi Baumann und ich diesen Prozess längst vorgespurt. Bei den Wahlen 1999 gab es erstmals eine gemeinsame Liste von GFL und Grünem Bündnis. Seit 1999 verstehe ich mich als Vertreterin der Grünen des Kantons Bern und fühle mich von allen Grünen mitgetragen.

- Grüne Politik hat Zukunft! Das haben alle kantonalen Wahlergebnisse seit den letzten nationalen Wahlen gezeigt. Und das ergab auch das Wahlbarometer im Oktober. Der Erfolgskurs der Grünen ist auf das klare Profil zurückzuführen, das sich die Grünen in den vergangenen zehn Jahren gegeben haben: «Ökologisch konsequent, sozial engagiert, global solidarisch» lautet die programmatische Ausrichtung der Grünen Schweiz. Immer mehr Leute stehen zu

grüner Politik: immer mehr Menschen wollen einen sorgsameren Umgang mit unserer Natur und unserer Landschaft, immer mehr Menschen wollen bessere Lebensqualität.

- Die rigorose Sparpolitik auf Bundesebene schlägt sich in den Kantonen nieder. Wenn der Bund seine Gelder zum Beispiel im Bereich des öffentlichen Verkehrs kürzt, stellt sich kaum jemand konkret vor, was das heisst. Wenn hingegen Postautolinien im Haslital oder im Gantrischgebiet gestrichen und Fahrpläne ausgedünnt werden, ist dieser Abbau für die Bevölkerung schmerzhaft wahrnehmbar. Wenn die Bundesräte Blocher und Merz Milliarden-einsparungen auf Bundesebene ankünden, ist es die Aufgabe der Grünen, in den Kantonen aufzuzeigen, was bürgerliche Abbaupolitik für die Menschen und die Umwelt konkret bedeutet und uns dagegen zu wehren.

**Ökologisch, sozial und gleichstellungspolitisch engagiert**

Bei den kommenden Grossratswahlen

wollen GFL und Grünes Bündnis zusammen die grüne Sitzanzahl vergrössern, auch wenn weniger Plätze im Kantonsparlament zur Verfügung stehen. Bei den Regierungswahlen wollen wir eine optimale Ausgangslage für einen dritten rot-grünen Sitz schaffen. So wie sich die Lage abzeichnet, wird es sehr spannend: die SVP überlegt sich einen vierten Sitz anzustreben, die SP beansprucht für sich den Jurasitz. Aus grüner Sicht ist es unerlässlich, dass auch auf rot-grüner Seite Frauen für den Regierungsrat kandidieren. «Frauen zuerst» hat für viele Wählerinnen und Wähler eine grosse Bedeutung. Das haben auch die Reaktionen nach der Männerwahl im Bundesrat gezeigt. Wir werden die Frage der Frauenvertretung bei den Regierungswahlen mit unseren Bündnispartnern sicher noch einmal diskutieren.

Franziska Teuscher,  
Präsidentin GB Kanton Bern

### AZB 3000 Bern 1

Grünes Bündnis, PF 6411, 3001 Bern  
An Post: Bitte Adressänderung nicht melden.

### Grüne Nidau –

## Nicht nur hinter den Ohren grün ...

**Mitte Mai wurde in Nidau eine Ortsgruppe der Grünen gegründet. Bei den Stadtratswahlen vom 25. September wurden gleich zwei Grüne gewählt. Nun gilt es, die politische Arbeit zu konkretisieren.**

Eine grüne Ortsgruppe in Nidau, das 8000 EinwohnerInnen zählt und einen Stadtrat mit 30 Mitgliedern hat, war überfällig. Umso mehr als ökologischen Anliegen in der von der FDP dominierten Gemeinde keine Beachtung geschenkt wird: so wälzt sich täglich eine gewaltige Verkehrsmasse durch das Städtchen, und in den Quartieren gibt es kaum 30er-Zonen. Die bisherige Parteiarbeit war auf die

Stadtratswahlen ausgerichtet: Letztlich konnte eine Fünferliste präsentiert werden.

#### Die Leute und ihre Ideen

Der 20-jährige **Steve Iseli** ist Mediamatiker und betreibt nebenbei einen Jugendtreff. Ihm ist ein breites Kulturangebot in Nidau ein besonderes Anliegen. Das gleiche gilt für die um 30 Jahre ältere Sängerin **Maja Büchel** (parteilos), die mit Nina Dimitri Tessiner Volkslieder interpretiert. **Mathias Kuhn**, 24, und **Pascal Känzig**, 23, haben als Informatiker und Elektroniker technische Berufe erlernt. Sie sehen grossen Handlungsbedarf im Bereich der alternativen Technologien. Als angehender



Ab Januar 2006 im Nidauer Stadtrat:  
Mathias Kuhn (links) und Florian Hitz (rechts).

Theologe bringt Pascal Känzig die ethische Dimension in politische Fragen ein. Als Ethnologe möchte sich **Florian Hitz**, 29, speziell in Integrationsfragen engagieren, zumal in diesem Bereich von FDP-Seite heftig polemisiert wird.

In den kommenden Monaten geht es dem jungen Team darum, wichtige Themen zu bestimmen und die politische Arbeit zu konkretisieren. Durch die Wahl von Mathias und Florian kann auf die Entscheidung im Parlament Einfluss genommen werden. Durch die Kandidatur der Grünen haben sich die Mehrheitsverhältnisse in Nidau verschoben: rot-grün kommt auf 14 der 30 Sitze, die EVP und die in Nidau oft «linke» SVP haben je zwei Vertreter. In dieser Konstellation sollte ein Strich unter die Verhinderungspolitik der FDP/PRR gezogen werden können.

#### Agenda

Mitgliederversammlung der Grünen Biel am **Montag, 19. Dezember** im Kreuz Nidau.  
18.30 h: Wahl der Revisionsstelle  
19.00 h: **Nomination der Grünen KandidatInnen des Wahlkreises Biel-Seeland für den Grossen Rat**

## 3. Seeländer Umweltpreis

Die Grünen Seeland vergeben am 30. November den **3. Seeländer Umweltpreis**, und zwar dem privaten Regionalbusunternehmen WETA (Walperswil, Epsach, Täuffelen, Aarberg). Es handelt sich um ein Pionierprojekt für nachhaltigen und kundInnenfreundlichen ÖV und Service public in einer ländlichen Region.

16.46 Uhr Abfahrt mit dem WETA von Aarberg nach Walperswil,  
dort feierliche Preisübergabe mit anschliessendem Apéro.  
Anmeldung bei Dorothea Loosli, Präsidentin Grüne Seeland: Tel. 079 377 84 73

## gb.bewegt | agir

#### Arbeitsgruppe Ökologie

Kontakt | contact: Urs Scheuss  
e-mail: urs.scheuss@gruene-biel.ch

#### Groupe de travail Questions sociales, intégration et femmes

Kontakt | contact: Claire Magnin  
e-mail: magnin.ch@worldonline.ch

#### Kontakte | contact

Grüne Biel Les Verts Bienne  
Urs Scheuss  
cp/PF 665, 2500 Biel/Bienne  
Tel. 032 322 13 31  
e-mail: urs.scheuss@gruene-biel.ch

#### Impressum

Rédaction: Bettina Epper.  
Impression: Widerdruck, Berne.  
Lithos: Graphix, Berne.